

Bibliothek trifft Politik

Marion Koch

Zum ersten Mal haben sie öffentlich den Dialog gesucht: Der Deutsche Bibliotheksverband (dbv) lud Anfang März Akteure aus Politik, Kultur und Bildung zum 1. Bibliothekspolitischen Bundeskongress nach Berlin ein. Im Kern ging es um die neuen Aufgaben von Bibliotheken im digitalen Zeitalter und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen – am Ende kam eine Liste an Forderungen an die Politik heraus.



Über künstliche Intelligenz debattierten (v.l.n.r.) Andreas Hartl (Bundeswirtschaftsministerium), Dr. Hannelore Vogt (Stadtbibliothek Köln), Dr. Frank Seeliger (Technische Hochschule Wildau), Reinhard Karger (Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz GmbH) mit der Moderatorin Vera Linß (Deutschlandfunk Kultur).

Die neue Groko steht noch in Frage und Andreas Hartl, Referatsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, muss sich in seiner Rede über die Digitalpolitik Deutschlands Anfang März noch auf den Entwurf des Koalitionsvertrages beziehen – inzwischen ist er Programm der neuen Bundesregierung. Viel hat er darin nicht gefunden, was Bibliotheken betrifft.

„Bis 2025 soll das ‚Giganetz‘ ausgebaut und Schulen und Gemeinden direkt an das Glasfasernetz angeschlossen sein“, erklärt er. Allein der Bund zahle 11 Milliarden Euro dafür. Bibliotheken seien hier nicht namentlich erwähnt, doch auch sie könnten davon profitieren. Auch beim Digitalpakt Deutschland spielten sie keine direkte Rolle, ließen sich aber gegebenenfalls als außerschulische Projekte fördern. Außerdem könnten sie bei der Entwicklung von Konzepten

für „Smart Cities“ relevant sein, die Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver machen sollen. „Bibliotheken haben das Potenzial, erheblich dazu beizutragen, dass die Informationsgesellschaft auch eine informierte Gesellschaft ist“, sagt Hartl. Seine Empfehlung: Die Bibliothek 4.0 solle gleichzeitig Datenpool, Ort der Kommunikation und Wissensmanager sein.

Zum ersten Mal hat der Deutsche Bibliotheksverband (dbv) in diesem Jahr einen Bibliothekspolitischen Bundeskongress veranstaltet – und das war offenbar bitter nötig, um Politik und Öffentlichkeit auf das Leistungsportfolio und die Belange der 10.000 Bibliotheken in Deutschland aufmerksam zu machen.

Ein holzgetäfelter Hörsaal in der Staatsbibliothek zu Berlin in der Potsdamer Straße. 320 Teilnehmer

sitzen in den Klappstuhlreihen, um sich anzuhören, was Politiker und Vertreter aus Bildung und Kultur zu dem etwas sperrigen Titel „Zugang und Teilhabe im digitalen Wandel“ zu sagen haben. Der Anspruch des Veranstalters ist hoch: „Libraries matter“, sagt die Bundesvorsitzende des dbv, Barbara Lison, „Bibliotheken sind bedeutend“. Es geht hier um die Frage, wie Bibliotheken mit Politikern an einem Strang ziehen können, um einen größtmöglichen Nutzen für die Informationsgesellschaft zu erzielen. „Wir hoffen auf nationale Unterstützung“, sagt sie. Zum Ende der Veranstaltung wird Lison den eingeladenen Politikern einen Forderungskatalog mit auf den Weg geben.

So klar der Kongress auch auf dieses Ziel zusteuert: Die einzelnen Themen der vielschichtigen Podiumsrunden kommen eher im Zickzackkurs daher, mäandern von politischen Belangen über künstliche Intelligenz bis zur neuen Rolle von Bibliotheken an Hochschulen und wieder zurück zur Politik. Digitale Vorzeigebispiele aus der Museumswelt werden vorgestellt, wo doch auch zahlreiche Bibliotheken dafür beispielhaft stehen könnten, und sogar die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen debattiert. Mehr als 30 Experten sitzen insgesamt auf der Bühne, um ihre Sicht auf die Dinge zu schildern. Wie schade, dass ihnen häufig so wenig Raum bleibt, bei ihren Darstellungen in die Tiefe zu gehen.

Und dennoch scheint der Kongress ein Bedürfnis zu treffen. Die recht hohe Anzahl der Teilnehmer, die en-

gagierten Publikumsbeiträge, die angeregten Unterhaltungen in den Pausen sprechen dafür. Demnächst berät der Verband, ob es einen zweiten Bundeskongress geben wird.

Künstliche Intelligenz in der Bibliothek

Zurück in den Otto Braun Saal, zum Thema künstliche Intelligenz (KI), zu den technischen Möglichkeiten, die Bibliotheken heute nutzen – und die sie in Zukunft einsetzen könnten. Reinhard Karger, Unternehmenssprecher des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Saarbrücken definiert KI als die Digitalisierung menschlicher Wissensfähigkeiten. Dabei stünden heute Mustererkennung und maschinelles Lernen im Mittelpunkt. Karger differenziert schwache und starke künstliche Intelligenz. Unter schwacher KI versteht er Assistenten, die für konkrete Ziele eingesetzt werden und auch für Bibliotheken außerordentlich relevant seien. Starke künstliche Intelligenz heiße hingegen, dass ein umfassendes künstlich-maschinelles Bewusstsein entstehe. Das aber hält er für eine Hollywood-Fantasie.

Bereits seit 2004 setzten Bibliotheken intelligente Technologien, so genannte Chatbots ein. „Das sind textbasierte Dialogsysteme, die das Chatten mit einem technischen System erlauben“, erklärt der Bibliotheksleiter der Technischen Hochschule Wildau, Dr. Frank Seeliger. Der künstlichen Intelligenz komme hier die Aufgabe der Suchmaschine zu, die nach Erkennungsmustern recherchiert und Wortähnlichkeiten ermittele. Die Anwendungsfelder gingen heute aber weit über Chatbots hinaus. „Jeden Tag greifen wir heute auf KI-gestützte Features wie Übersetzer, persönliche Assistenten, selbstfahrende Vehikel, Bildersuche und vieles mehr zurück“, sagt er.

Angst brauche man vor künstlicher Intelligenz nicht zu haben, findet Unternehmenssprecher Karger: „Ideen, wie man künstliche Intelligenz nutzen kann, kann jeder selber ent-



Hochschulbibliotheken der Zukunft. Darüber sprachen (v.l.n.r.) Dr. Frank Simon-Ritz (Universitätsbibliothek Weimar), Peter Greisler (Bundesforschungsministerium), Prof. Dr. Petra Gehring (Technische Universität Darmstadt) und Prof. Dr. Monika Gross (Hochschulrektorenkonferenz).

wickeln.“ Maschinen ergänzten und verstärkten viele einzelne menschliche Wissensfähigkeiten. Weil aus dieser Vielzahl aber kein Ganzes werde, würden Roboter auch nicht den Menschen ersetzen. Und auch keine Bibliothekare, denn die seien ja nicht nur für das Bücherholen zuständig, dafür könne man gerne Roboter einsetzen, sondern für das Wissen und Empfehlen.

Bibliotheken an Hochschulen

„Allein zwei Neuerungen haben die Hochschulbildung in kurzer Zeit auf den Kopf gestellt: digitale Medien und die Digitalisierung der Lehre“, sagt Prof. Dr. Monika Gross, Vizepräsidentin der Hochschulrektorenkonferenz und Präsidentin der Beuth Hochschule für Technik in Berlin. Um den dadurch angestoßenen Prozess des digitalen Wandels nun weiter umzusetzen, müssten technische, rechtliche und auch finanzielle Voraussetzungen erfüllt werden. Außerdem seien die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Bibliotheksführung zu stecken und zu klären, wie Informationen in Zukunft archiviert und wie verfügbar gemacht werden sollen.

Ihre Bedarfsliste ist lang: Medienzentren benötigten hohe Rechenkapazitäten, die Hochschulen in allen Räumen W-Lan und Bibliotheken genügend Endgeräte und Personal für die

neuen Aufgaben. Außerdem müssten, analog dem Arbeitnehmer-Erfindungsgesetz, die Nutzungsrechte und Vergütungen digitaler Lehrformate endgültig geklärt werden und die Länder die Lehrverpflichtungsverordnungen anpassen. „Digitalisierung ist kein Sparinstrument“, sagt sie. Die Politik sei gefordert. Eine Erhöhung der Grundfinanzierung von Hochschulen sei angebracht und etwa durch den Digitalpakt der Bundesregierung nicht nur Schulen, sondern auch Hochschulen zu fördern.

Analoge Kooperationen

In den Naturwissenschaften und den Technikwissenschaften ist die Digitalisierung früh angekommen, sagt Frank Scholze, Bibliotheksleiter des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT). Im Jahr 2006 wurde am KIT die automatisierte 24/7 Bibliothek eingeführt. Nachts und sonntags sei nur Wachpersonal vor Ort.

Doch nicht nur die digitale Automatisierung, auch die Automatisierung analoger Prozesse habe die Bibliothek beschäftigt. Vor 25 Jahren sei es für die Bibliotheksmitarbeiter noch kein Thema gewesen, was Wissenschaftler vor ihren Publikationen machen – heute gehöre es zu ihren Aufgaben, beim Erstellen und Wiederverwerten von Forschungsdaten zu beraten. Das seien hochkomplexe Vorgänge, die vielfältigste Kooperati-



Barbara Lison, Bundesvorsitzende des dbv, fordert Unterstützung von der Politik.

onen erfordern. Die Bibliothek habe sich zu einer wissenschaftlichen Serviceeinrichtung mit Forschungs- und Publikationsabteilung entwickelt. „Wir sind näher an die Wissenschaft herangerückt“, sagt Scholze. Eine weitere, umfassende Aufgabe sei das heute sehr anspruchsvolle Publikationsmanagement. „Schon beim Einreichen der Artikel begleiten wir die Wissenschaftler und beraten sie zum Beispiel zu dem Preis-Leistungsverhältnis verschiedener Publikationswege“, sagt Scholze.

Neue Regeln braucht das Land

„Bisher haben sich Bibliotheken als Solitär verstanden“, sagt Dr. Frank Simon-Ritz, Direktor der Universitätsbibliothek Weimar. Doch das funktioniere in Zeiten von E-Learning und digitalen Medien nicht mehr. Die Weimarer Bibliothek sei eingebunden in den deutschen und internationalen Fernleihverkehr, der Alltag von Kooperationen geprägt. „Weil Bibliotheken dabei nicht an den Landesgrenzen halt machen, brauchen wir bundeseinheitliche Regelungen – und eine deutsche Digitalisierungs- und Open Access-Strategie anstelle von 16 Landesstrategien“, fordert er. Auch eine andere Regelung hält er für

überholt. Viele Dokumente aus den vorherigen Jahrhunderten seien bereits digitalisiert, das 20. Jahrhundert aber fehle, vor allem wegen urheberrechtlicher Regeln. „Ich finde es fragwürdig, ob die 70-jährige Schutzfrist heute tatsächlich noch ein vernünftiges Konstrukt ist“, sagt Simon-Ritz.

Neue Räume schaffen

„170 Jahre war unsere Universitätsbibliothek eine Lesesaalbibliothek“, sagt Prof. Dr. Ulrich Johannes Schneider, Direktor der Universitätsbibliothek Leipzig und Vertreter des Ausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für Wissenschaftliche Bibliotheken und Informationssysteme (A WBI). Doch heute koppelte sich die Nutzung immer mehr vom Medienbestand ab. Das mache neue Raumkonzepte erforderlich. Orte für Teamarbeit seien gefragt, Kreativräume fürs Schreiben oder Räume, die ausgestattet seien mit Projektionstechnologien, damit sich etwa Kunststudenten Videos oder Medizinstudenten bildgebende Diagnostiken ansehen könnten.

„Es macht sehr viel Sinn, wesentliche Lerninhalte gut digital aufzubereiten und den Studierenden zur Verfügung zu stellen, zum Beispiel auch in Form von Videoclips“, sagt Peter Greisler, Ministerialdirigent beim Bundesforschungsministerium (BMBF) und dort für Hochschulen zuständig. Das BMBF werde allerdings sicher nicht jeder Hochschule ein Videocenter finanzieren, damit solche Lerninhalte dann für die Studierenden einer einzelnen Hochschule genutzt werden. „Der hohe Aufwand für Digitalisierung kann oft nur gerechtfertigt werden, wenn das Resultat vielfach genutzt wird“, sagt er. Wenn der Bund hier fördere, dann also eher Kooperationsprojekte und innovative Angebote, die impulsgebend sind, auf weitere Hochschulen übertragen werden können und einen breiten (bundesweiten) Nutzerkreis haben, das heißt für Studierende mehrerer oder aller Hochschulen zur Verfügung stehen.

Kultur digital verpackt

„Die Digitalisierung dient bei uns auch der Bestandserhaltung“, sagt die Generaldirektorin der Staatsbibliothek zu Berlin, Barbara Schneider-Kempf. Durch sie seien außerdem digitale Ausstellungen möglich und eine weitere Verbreitung der Inhalte. Das führe zu einer größeren Bekanntheit der Bibliothek und ihres Angebotes. Ob dadurch aber neue Nutzer gewonnen werden, bezweifelt sie. Neue Zielgruppen zu erreichen sei eine große Herausforderung.

„Viele Studierende wollen nach wie vor an den Regalen stehen, um Bücher zu suchen“, hat Prof. Dr. Harald Reiterer von der Universität Konstanz festgestellt. Mit seinem Team erarbeitete er deshalb ein „Blended Shelf“ für die Universitätsbibliothek: In einem virtuellen Regal werden gedruckte und elektronische Medien nebeneinander präsentiert. Die Nutzer finden die gefragte Literatur über digitale Such- und Sortierfunktionen. Das Recherchieren soll über eine intuitiv zu bedienende Touch-Oberfläche erleichtert und die Grenzen zwischen realer und virtueller Aufstellung als fließend wahrgenommen werden, erklärt Reiterer.

Kultur müsse sich mehr Öffentlichkeit verschaffen, sagt Dr. Elisabeth Niggemann, Generaldirektorin der Deutschen Nationalbibliothek. „Sie muss Nachrichtenwerte kreieren, Interesse wecken über Geschichten. Ein positives Beispiel sei der Wettbewerb „Coding da Vinci“, bei dem einfallsreiche Programmierer zeigten, wie sich offene Daten deutscher Kultureinrichtungen zu spannenden digitalen Produkten verknüpfen lassen, über die dann auch in Medien berichtet werde.“

Nachhaltige Bibliotheken

„Im Juni 2017 hat Deutschland den Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) vorgelegt, um das gleichnamige UNESCO-Weltaktionsprogramm umzusetzen. Bibliotheken könnten dabei in vielen zentralen Bereichen eine Rolle spie-

len“, sagt Prof. Dr. Rieckmann von der Universität Vechta. Er zählt entsprechende Ziele nachhaltiger Entwicklung auf: Information erhalten und bereitstellen, zur Bildung beitragen, Kommunikation fördern, soziale Ungleichheit abbauen, zu interkultureller Verständigung beitragen und eine Organisation nachhaltig betreiben. Dabei geht es nicht nur um große Ideen. Er nennt zwei Beispiele: „Büchertauschregale ermöglichen die Weiternutzung von Medien und schonen Ressourcen“, sagt er. Projekte wie das „Egon-Naturgeschichtenprojekt“ der Gemeindebücherei Westoverledingen in Niedersachsen bringe jungen Lesern die Natur nahe. Vielmehr noch als bisher sollten sich Bibliotheken mit dem Thema Zugang und Teilhabe beschäftigen, sagt Monika Ziller, Direktorin der Stadtbibliothek Heilbronn. Nutzungsgebühren für Bibliotheken hält sie für ein ausschließendes Moment: „Solche Zugangsschwellen sollten abgebaut werden“, findet Ziller.

„Wir nutzen die Möglichkeit, mit Buchhändlern zusammenzuarbeiten, die etwas für die Umwelt tun und ihre Bücher etwa per Elektroauto oder Fahrradkurier liefern“, erklärt Dr. Klaus-Ulrich Werner, Leiter der Philologischen Bibliothek der Freien Universität Berlin. Dass die Zulieferer ihren Mitarbeitern den Mindestlohn zahlen, gehört für ihn zur Nachhaltigkeit dazu. „Übrigens kann man viele Bereiche in der Bibliothek unter Nachhaltigkeitskriterien kritisch befragen: Cloudlösungen klingen so schön grün, die zum Datenverkehr aus der Wolke benötigten IT-Serverfarmen haben jedoch einen gigantischen Energieverbrauch“, sagt er.

Bibliotheken der Zukunft

„Was jetzt gemacht werden muss“ hat der Bibliotheksverband das abschließende Panel überschrieben. „Damit Bibliotheken im 21. Jahrhundert Teilhabe sichern und dazu beitragen können, aus der Informationsgesellschaft eine informierte Gesellschaft zu machen, damit sie Orte des

Dialoges und der Begegnung schaffen können, müssen bestimmte, vor allem rechtliche Rahmenbedingungen gegeben sein“, erklärt Lison.

Zum rechtlichen Rahmen gehöre Paragraph 60 des am 1. März in Kraft getretenen Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetzes (UrhWissG), sagt Heidi Weidenbach-Mattar, Ständige Vertreterin des Generalsekretärs der Kultusministerkonferenz. Bibliotheken dürften danach beispielsweise Werke aus ihrem Bestand zum Zwecke des Erhalts digitalisieren. Nach dem Gesetz gebe es pauschale Nutzungsvergütungen, die durch Verwertungsgesellschaften wie die Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort) eingesammelt und an Urheber und bedingt auch an Verlage ausgezahlt werden.

Lison versteht den Paragraph 60 als Willensbekundung. „Damit ist es nicht getan. Wir wollen rechtliche Regeln, die uns in die Lage versetzen, das volle Potenzial von Bibliotheken auszuschöpfen“, sagt sie. Die bis 2023 begrenzten Regelungen müssten verstetigt werden. Außerdem fordert sie, dass E-Books und Printausgaben rechtlich gleichgestellt werden.

Wissenschaftliche Texte sollten, soweit sie wesentlich mit öffentlichen Geldern finanziert werden, im Open Access frei zugänglich sein, sagt Nicola Beer, Generalsekretärin der FDP. Bei Inhalten, die von privater Hand finanziert seien, sieht sie das anders. „Man kann nicht alles kostenlos anbieten“, erklärt Beer.

In zwei von drei EU-Staaten gebe es ein nationales Bibliotheksgesetz, in denen Strukturen und Aufgaben beschrieben seien. In manchen Ländern sei auch die Förderung festgeschrieben, sagt Barbara Lison. Deutschland brauche wenigstens eine nationale Strategie, die zu gemeinschaftlichem Denken verpflichte und die Effizienz und Kooperationen stärke. „Wir suchen Partner für eine solche Strategie“, sagt sie. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Schipanski verspricht, in der Digi-

talen Agenda der Bundesregierung nach Wegen zu suchen, auch Bibliotheken einzubeziehen. SPD-Politikerin Esken sieht die Möglichkeit, zumindest auch Schulbibliotheken in den DigitalPakt des Bundes und der Länder einzubeziehen. „Wir fordern, dass alle Bibliotheken flächendeckend mit moderner IT-Infrastruktur und entsprechender Hardware ausgestattet werden“, sagt Lison. Außerdem plädiert die dbv-Vorsitzende dafür, dass das Bundesarbeitszeitgesetz so geändert wird, dass Stadtbibliotheken auch an Sonntagen für die Bevölkerung geöffnet sein können. Dafür gelte es, das Bundesarbeitszeitgesetz zu modernisieren. CDU-Politiker Tankred Schipanski verweist darauf, dass entsprechende Regelungen Ländersache seien. Nicola Beer sagt: „Wenn das von den Nutzern gewünscht wird, sind wir dabei.“ Saskia Esken von der SPD will da nicht so schnell zustimmen. „Nicht umsonst gibt es das Arbeitszeitschutzgesetz“, sagt sie. Grundsätzlich müssten von einer Flexibilisierung Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen profitieren. Bei Veranstaltungen und Serviceangebote öffentlicher Einrichtungen sei aber auch das öffentliche Interesse mit zu bedenken. „Insofern bin ich gerne bereit, die Belange der Bibliotheken in die Meinungsbildung einzubringen“, sagt sie.

Eine schnelle Lösung ist also wohl erst einmal nicht in Sicht. Doch immerhin: Der Dialog mit den politisch Verantwortlichen ist eröffnet. „Bibliotheken sind ein wichtiges Element der digitalen Transformation“, sagt Lison. Um sie für ihre neuen Aufgaben fit zu machen, gebe es noch eine Menge zu tun. Auch die Politik sei da gefragt. **I**



Marion Koch

Freie Journalistin,
Redakteurin,
Dozentin in Berlin
marion.koch
@posteo.de